

**Merkblatt
zur Erfüllung der Informationspflichten
bei Mandatsbeginn**

Sehr geehrte Mandantin, sehr geehrter Mandant,

dieses Merkblatt dient der Erfüllung unserer aus Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung resultierenden Informationspflichten gegenüber unseren Mandanten bei Mandatsbeginn.

Vor Übernahme eines jeden anwaltlichen Mandates erhält jeder Mandant bzw. jede Mandantin dieses Merkblatt in ausgedruckter Form. Der Inhalt des Merkblatts wird mit uns besprochen, der Inhalt muss gebilligt werden, alsdann wird dieses Merkblatt in der Druckversion gezeichnet.

Auch in den Anwaltskanzleien hat seit langem die moderne Informationstechnologie Einzug gehalten. Damit wir zügig, erfolgreich und auf dem neuesten Stand der Technik für Sie tätig werden können, sind die Erhebung und Verarbeitung bestimmter persönlicher (also personenbezogener) Daten erforderlich.

Wir geben Ihnen hierzu die nachfolgenden Hinweise und dürfen Sie schon jetzt bitten, uns bei Fragen und/oder Bedenken jederzeit persönlich anzusprechen.

Im Einzelnen gilt - unter Berücksichtigung der neuen EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) - Folgendes:

1. Name und Kontaktdaten des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen und des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Verantwortlich für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer persönlichen Daten i.S. der Datenschutz-Grundverordnung der EU (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG-2018) ist die Bürogemeinschaft „Kanzleihaus Essen - Rechtsanwälte und Notar“:

Jörg Küpperfahrenheit, RA, Marc Grünebaum, RA, Fachanwalt für Strafrecht, Thomas Gdaniec, RA und Notar a.D., Martin Van Volxem, RA, Susanne Göttker gen. Schnetmann, RAin u. Notarin, Janine Röseler, Rain, Zweigertstr. 14, 45130 Essen, info@kanzlei-essen.de

Datenschutzbeauftragter unserer Bürogemeinschaft ist

Herr Helmut Pelster, SIC GmbH, 45472 Mülheim/Ruhr, Harscheidweg 18a.

2. Allgemeine Hinweise

Wir verwenden Ihre Daten unter Beachtung der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Nachfolgend werden Sie darüber informiert, welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen erheben und speichern. Außerdem erhalten Sie Informationen darüber, wie und wozu Ihre Daten verwendet werden und welche Rechte Ihnen im Hinblick auf die Verwendung Ihrer Daten zustehen.

3. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck ihrer Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Daten:

- Ihren Vornamen und Nachnamen nebst Anrede (Herr/Frau)
- Ihre Anschrift
- Ihre Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Ihre persönliche E-Mail-Adresse

- alle Informationen, die für Ihre Beratung und die Durchsetzung und/oder Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten/unsere Mandantin identifizieren zu können
- um mit Ihnen korrespondieren und/oder sonst in Kontakt treten zu können
- um Sie verantwortungsvoll und erfolgreich anwaltlich beraten und vertreten zu können
- um bei Ihrer Rechtsschutzversicherung (soweit vorhanden) eine Deckungszusage einholen zu können
- um ggf. einen PKH- oder VKH-Antrag für Sie stellen zu können
- zur Rechnungsstellung
- um eventuelle Haftungsansprüche Ihrerseits gegen uns abwickeln zu können
- um etwaige (Zahlungs-)Ansprüche unsererseits gegen Sie verfolgen und durchsetzen zu können
- zur Durchführung einer wirksamen Kollisionskontrolle.

Die Datenverarbeitung erfolgt aufgrund unserer Beauftragung durch Sie bzw. aufgrund Ihrer Anfrage. Sie ist zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beiderseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DS-GVO).

Ihre Daten werden sowohl digital (in unserem Dokumentenmanagementsystem - DMS) als auch in Papierform gespeichert bzw. gesammelt.

Die von uns im Rahmen der Mandatierung erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht, die sich für Rechtsanwälte aus § 50 der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) ergibt (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde), gespeichert bzw. aufbewahrt und danach gelöscht bzw. vernichtet. Etwas anderes gilt nur, sofern wir aufgrund sonstiger gesetzlicher Bestimmungen (z.B. der Abgabenordnung, des Geldwäschegesetzes etc.) zu einer längeren Speicherung/Aufbewahrung verpflichtet sind (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DS-GVO), und/oder Sie - etwa im Hinblick auf eine spätere Fortsetzung unserer Mandatsbeziehung - in eine längerfristige Speicherung/Aufbewahrung Ihrer Daten eingewilligt bzw. uns zu einer solchen aufgefordert haben (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DS-GVO).

Nach Beendigung der Aufbewahrungsfrist lassen wir Ihre in Papierform vorhandene (Hand-)Akte unter Wahrung jeglicher Vertraulichkeit durch ein zertifiziertes Unternehmen wie z.B. <http://www.harmuth-entsorgung.de/> vernichten.

4. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken erfolgt grundsätzlich nicht.

Die Datenweitergabe erfolgt nur, soweit dies für die ordnungsgemäße Abwicklung des Mandatsverhältnisses mit Ihnen erforderlich ist (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DS-GVO).

Das betrifft insbesondere die Weitergabe von Daten und Informationen an (Verfahrens-) Gegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie an Gerichte und/oder andere öffentliche Stellen zum Zweck der Durchsetzung und/oder Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem jeweiligen Empfänger ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Selbstverständlich erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Ihrem wohlverstandenen Interesse und in Absprache mit Ihnen. Näheres ergibt sich aus der von Ihnen unterzeichneten Vollmacht und ggf. aus einem gesondert geschlossenen Mandatsvertrag.

Diejenigen Mitarbeiter unserer Kanzlei, die mit Ihren Daten in Kontakt gelangen, unterliegen wie wir selbst einer strengen Verschwiegenheitsverpflichtung, deren Einhaltung wir ständig überwachen. Auch sonstige Personen, mit denen wir zusammenarbeiten und die in Kontakt mit Ihren Daten gelangen oder gelangen könnten, wurden oder werden von uns schriftlich zur Verschwiegenheit verpflichtet und machen sich - worauf sie ebenfalls ausdrücklich hingewiesen wurden oder werden - im

Fall eines Verstoßes selbst strafbar.

5. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht,

- gem. Art. 7 Abs. 3 DS-GVO Ihre einmal erteilte Einwilligung uns gegenüber jederzeit zu widerrufen

Durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund Ihrer vorherigen Einwilligung erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Der Widerruf hat nur zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen.

- gem. Art. 15 DS-GVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen

Insbesondere können Sie Auskunft verlangen über

- die Verarbeitungszwecke
- die Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden oder wurden
- die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt werden oder wurden
- die geplante Speicherdauer
- das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung oder eines Widerspruchsrechts
- das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde
- die Herkunft Ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden
- das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung, einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für Sie.

- gem. Art. 16 DS-GVO unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten oder die Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, sofern diese unvollständig sind

- gem. Art. 17 DS-GVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen

Dies gilt nicht, soweit die Verarbeitung Ihrer Daten erforderlich ist

- zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information
- zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit
- für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke
- zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

- gem. Art. 18 DS-GVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen.

Dies gilt, soweit

- die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird
- die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber die Löschung der Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Datennutzung verlangen
- wir die Daten nicht länger benötigen, Sie jedoch die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen
- Sie gem. Art. 21 Abs. 1 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben.

- gem. Art. 20 DS-GVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen

- gem. Art. 77 DS-GVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren

In der Regel können Sie sich hierbei an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder

Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

6. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DS-GVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gem. Art. 21 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Falls Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen wollen, richten Sie bitte eine entsprechende E-Mail an info@kanzlei-essen.de.

7. Notarielle Amtstätigkeiten

Die vorstehend erteilten Hinweise gelten ausschließlich für anwaltliche Mandate. Sie gelten nicht, wenn einem der in unserer Kanzlei tätigen Notare ein Auftrag erteilt wird, eine notarielle Amtstätigkeit zu übernehmen (z. B. einen Grundstückskaufvertrag zu beurkunden, oder aber eine Unterschrift zu beglaubigen). Notare (das Wort ist amtsbezogen zu verstehen und nicht geschlechtsbezogen) sind Inhaber eines öffentlichen Amtes und nehmen als solche hoheitliche Aufgaben wahr. Ihre Aufgaben liegen damit im öffentlichen Interesse im Sinne von Artikel 6 Abs. 1 e) der Datenschutz-Grundverordnung. Da den Notaren als externe staatliche Hoheitsträger bestimmte hoheitliche Aufgaben vom Staat übertragen worden sind, die durch besondere rechtliche Pflichten (zum Beispiel aus der Bundesnotarordnung, aus dem Beurkundungsgesetz, aber auch aus der Dienstordnung für Notarinnen und Notare) konkretisiert werden, ist jede von ihnen vorgenommene Datenverarbeitung zulässig, die zur Erfüllung dieser Aufgaben erforderlich ist. Der Notar ist verpflichtet, sich über die Identität der Urkundsbeteiligten zu vergewissern und hat die Pflicht zur Willenserforschung und Klärung des Sachverhaltes nach § 17 Abs. 1 des Beurkundungsgesetzes. Er darf daher ohne ausdrückliche vorherige Zustimmung Daten von den Urkundsbeteiligten erheben und verarbeiten, allerdings nur solche Daten, die zur Erfüllung des dem Notar übertragenen Auftrages erforderlich sind.

8. Möglichkeit der Einsichtnahme in dieses Merkblatt

Ein Exemplar dieses Merkblattes ist für Sie jederzeit einsehbar auf unserer Homepage www.kanzlei-essen.de unter Datenschutz.

Gelesen und einverstanden

Ort, Datum

Name Mandant(in)

Unterschrift Mandant(in)